

### Motion

1049 Iannino Gerber, Hinterkappelen (Grüne)  
Bregulla-Schafroth, Thun (Grüne)  
Etter, Treiten (BDP)  
Jenni, Oberburg (EVP)

Weitere Unterschriften: 24

Eingereicht am: 27.11.2008

### Moratorium Kohlekraftwerke

Der Regierungsrat wird aufgefordert, als Mehrheitsaktionär der BKW FMB Energie AG die Verantwortung wahrzunehmen und ein zehnjähriges Moratorium einzuführen, welches jegliche Beteiligung an ausländischen Kohlekraftwerken ausschliesst.

Begründung:

Investitionen in Kohlekraftwerke sind aus folgenden Gründen zu verhindern:

Energieerzeugung durch Kohlekraftwerke ist die klimaschädlichste Art der Stromerzeugung. Sie ist mit hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen verbunden. Die von Schweizer Elektrizitätswerken geplanten Investitionen werden einen CO<sub>2</sub>-Ausstoss von 11.2 Mio. Tonnen verursachen, dies ist mehr als ein Fünftel der gesamten Schweizer Emissionen.

Ab 2013 werden die Betreiber diese gigantischen Emissionen mit dem Kauf von Emissionsrechten kompensieren müssen (300 Mio. Franken pro Jahr und Kraftwerk). Somit sind solche Investitionen in Kohlekraftwerke, bereits ohne die steigenden Kohlepreise zu berücksichtigen, ein finanzielles Abenteuer!

Damit die Schweiz ihre Klimaziele erreicht, muss sie den CO<sub>2</sub>-Ausstoss massiv verringern. Deshalb muss der Kanton Bern alles Mögliche für die Zielerreichung unternehmen. Mit einem Moratorium für Investitionen von Unternehmen in ausländische Kohlekraftwerke kann der Kanton die klimaschädlichste Energieproduktion aus Kohle stoppen.

Schon heute sind viele Technologien entwickelt, die eine Alternative zu Kohlekraftwerken bieten. Bis in zehn Jahren können diese auch wirtschaftlich eingesetzt werden. Jetzt braucht es den politischen Willen.

### Antwort des Regierungsrates

Die Motion betrifft die Eigentümerstrategie der BKW FMB Energie AG (BKW), wofür der Regierungsrat abschliessend zuständig ist. Somit handelt es sich bei diesem Vorstoss um eine Richtlinienmotion. Der Regierungsrat hat bei einer Richtlinienmotion einen relativ grossen Handlungsspielraum und die Entscheidungsverantwortung bleibt beim Regierungsrat.

Der Regierungsrat äusserte sich zur Produktion von Kohlestrom bereits in der Interpellation 186/07 Grimm „Kohlestrom für Deutschland“ sowie in der Motion 012/08 Wasserfallen „Kein Kohlekraftwerk mit staatlicher Beteiligung“. Dabei vertrat der Regierungsrat die Ansicht,

dass Kohlekraftwerke bezüglich ihres CO<sub>2</sub>-Ausstosses problematisch seien. Für weitere Ausführungen wird auf diese beiden Vorstösse verwiesen.

An der Generalversammlung der BKW vom 30. April 2009 hat die BKW die Stossrichtungen ihrer überarbeiteten Produktionsstrategie bekannt gegeben. Das Ziel ist ein CO<sub>2</sub>-freies Produktionsportfolio. Die BKW wird ihr Engagement in erneuerbare Energien im In- und Ausland massiv ausbauen. So hat sie beispielsweise in Deutschland zusätzlich zum bereits erworbenen Windpark in Bockelwitz einen Rahmenkredit von 50 Mio. CHF für Windenergie-Projekte vorgesehen.

Im Rahmen der Produktionsstrategie wird die BKW zukünftig auf Investitionen in neue fossil-thermische Kraftwerke verzichten. Die beiden bereits bestehenden Projekte Wilhelmshaven und Dörpen werden weiterverfolgt. Wie der Regierungsrat bereits in der Motion 012/2008 darlegte, ist ein Rückzug aus dem Projekt der Electrabel in Wilhelmshaven aus unternehmerischer Sicht - finanziell und imagemässig - weder sinnvoll noch verantwortbar. Der Regierungsrat hält an seiner bisherigen Einschätzung fest.

Über das Projekt Dörpen hat sich der Regierungsrat in der Motion 012/2008 kritisch geäußert. In der Zwischenzeit hat die BKW bekannt gegeben, dass sie die Mehrheitsbeteiligung sowie die Projektführung an die deutsche Energie Baden-Württemberg abgeben wird. Der zukünftige Anteil der BKW am Projekt Dörpen beläuft sich noch auf 24.9 Prozent. Aus unternehmerischer Sicht ist diese Lösung nachvollziehbar. Die Unternehmung erleidet dadurch keinen finanziellen Verlust und kann vom Know-How-Transfer auch im Bereich der erneuerbaren Energien profitieren, einen Bereich den die BKW weiter forcieren will. Ein vollständiger Ausstieg aus dem Projekt war aus verschiedenen Gründen nicht möglich.

Indem die BKW auf neue fossil-thermische Kraftwerksprojekte verzichtet und einzig die früher in Angriff genommenen und bereits redimensionierten Projekt umsetzt, wird die Forderung der Motion weitgehend erfüllt. Deshalb beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat die Annahme der Motion unter gleichzeitiger Abschreibung.

**Antrag:** Annahme unter gleichzeitiger Abschreibung

**An den Grossen Rat**